

Jans legt sich mit sich selber an

Jans legt sich mit Maurer an
Ausgabe vom 1. Juni

Hier irrt sich Beat Jans total. Wenn er als «Stadtpräsident» Basel, eine Stadt mit teilweise vergifteter Erde, zur Klimastadt Europas erklären will, kommt mir das so vor, wie wenn Luzifer die Nachfolge vom «liebe Gott» antreten wollen würde. Ich finde die Massnahmen der Schweizer Zollbehörde betreffs Gemüselieferungen aus dem nahen Ausland in die Basler Region gerecht, zeitgemäss, angepasst und vor allem äusserst notwendig. Herr Jans soll bitte aufhören, unserem geschätzten und teilweise zu Recht nicht so geschätzten Bundesrat, Herrn Ueli Maurer, so «saublöde» Briefe zu schreiben. Basel-Stadt ist ein Rand-Halbkanton, hat aber trotzdem unseren Schweizern Gesetzen Folge zu leisten. Ich kenne das Gutachten vom Juristen nicht. Aber auch Gesetzes-Professoren können bewusst oder unbewusst falsche Gutachten ausarbeiten lassen. Dass die regionalen Marktfahrer davon nicht betroffen werden, ist auch gesetzlich festgehalten. Es ist wirklich Zeit, dass wir uns neben Menschenrechten auch an Menschenpflichten orientieren können. Zum Beispiel der Pflicht, dem Staate Steuern zu zahlen, wo es gesetzlich abgemacht ist, und der Pflicht, die Umwelt nicht so zu vergiften, wie es die Basler Chemie alleine ihres Profites wegen getan hat.
Martin A. Steiner, Basel und Dresden, SP-Basismitglied

Risikosport

Der Kick für die Vollkasko-Gesellschaft
Ausgabe vom 1. Juni

Der Bericht von Herrn Zaugg ist bedenkenswert. Ebenfalls bedenkenswert ist, dass in unserem Strassenverkehr täglich unzählige Velofahrerinnen, Jugendliche und Erwachsene ihre Gesundheit auf's Spiel setzen müssen, weil wir das so in Kauf nehmen.
Heinz Lüscher, Muttenz

Smood ist ein Nichtbeispiel

Der Mindestlohn als Jobkiller
Ausgabe vom 8. Mai

Das bisher einzige mehr oder weniger konkrete Zahlen-Beispiel aus der Ecke der Mindestlohn-Gegner ist eine ominös beeindruckende Zahl: 200 Angestellte des Lieferdienstes Smood sollen vor kurzem in Genf entlassen worden sein – wegen des Mindestlohns. Klingt schrecklich und soll wohl den Baslerinnen und Baslern Angst machen, ist aber falsch. Und zwar von A bis Z. Der Mindestlohn hat nichts mit dem Fall Smood zu tun. Die Quintessenz des Falls ist ein klares Argument für den Mindestlohn. Nicht dagegen. Smood hat 2018

Ihr Schnappschuss: Das Neuntöter-Weibchen. Der Name bezieht sich auf den irrigen Volksglauben, es würde erst neun Beutetiere aufspießen, bevor es sie verspeist.



Bild: Alfons Borer, Grindel

ein Subunternehmen angestellt, über das die Verträge mit den einzelnen Angestellten liefen. Ein leider sehr übliches Instrument, um Löhne möglichst tief und die Gewinne möglichst hoch halten zu können. Dann kam vieles zusammen: Der Fall «Uber», der neue Richtlinien zufolge hatte, wonach ein Unternehmen seine Mitarbeiter unter dem eigenen Dach anstellen muss, die Subventionen für die Vernetzung von digitalen Plattformen und Restaurants, von denen Smood 2020 profitierte, und letztendlich die finanziellen Forderungen des Subunternehmens an die Muttergesellschaft Smood. Währenddessen waren die Lieferantinnen und Lieferanten während rund zweier Jahre zu horrenden Arbeitsbedingungen scheinangestellt. Am Ende verloren diese 120 Personen in Genf und 30 in Lausanne, wo notabene kein Mindestlohn existiert, ihre Arbeit. Mehrere Male liess das Unternehmen Smood verlauten, dass man den Mindestlohn unterstütze und künftig keine Subunternehmen mehr beschäftigt werden. Die erwähnte Zahl des Nein-Komitees stimmt also nicht. Und vor allem hat der Mindestlohn nichts mit dem Fall zu tun. Im Gegenteil: Das Hauptproblem

Leserbriefe

Bitte Absender (Name, Vorname, Strasse, Wohnort) und Artikelbezug (Titel, Ausgabedatum) angeben.

Mail: leserbriefe@bzbasel.ch
Post: Redaktion bz, Leserbriefe, Postfach 2103, 5001 Aarau

Die Redaktion entscheidet über die Auswahl der Leserbriefe und behält sich vor, Texte zu kürzen. Vorrang haben Zuschriften, die sich auf bz-Artikel beziehen.

bei Smood ist beispielhaft für die Notwendigkeit eines Mindestlohns. Denn vor unseren Augen wird Lohndumping betrieben, der Wettbewerb leidet und im Endeffekt leiden Bevölkerung und Wirtschaft. Die Erfahrung zeigt, dass ein Mindestlohn keine negativen Effekte hat. Im Gegenteil: Ein Mindestlohn fördert die Wirtschaft und schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Daria Frick, Unia, Basel

Massiv geschummelt

Diverse Artikel zu Tempo 30 in Gelterkinden

Nach einem längeren politischen Seilziehen wurde in Bottmingen vor mehr als 10 Jahren flächendeckend Tempo 30 eingeführt. Zunächst stiegen die Unfallzahlen an, nicht zuletzt Sachschäden durch den neu eingeführten Rechtsvortritt. Erster Verletzter war ein Velofahrer, der einen als Geschwindigkeitsbremse eingesetzten Blumentrog nachts übersah. Der Wegfall der Fussgängerstreifen irritierte anfangs ebenfalls. Zur Verkehrsberuhigung versetzt aufgestellte Hindernisse zwangen zu Slalomfahren. Der Ruf nach Geschwindigkeitskontrollen wurde aufgenommen. Die Auswertungen der Geschwindigkeiten ergaben keine signifikante Senkung des schon vor der Einführung moderaten Geschwindigkeitsniveaus. Trotzdem beschaffte die Gemeinde eine Radaranlage, die sie mit abenteuerlichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen begründete. Eine Nachprüfung der GPK ergab, dass die Gemeinde dabei massiv geschummelt hat. Es ist auch nicht überraschend, dass es immer noch Anwohner gibt, die zu schnelles Fahren vor ihrem Haus beklagen und weitere

Kontrollen verlangen. Interessante Beobachtung am Rande: Die Fahrerinnen von Mamataxis sind, sobald ihr Nachwuchs im Auto versorgt ist, durchaus schnell unterwegs. Sind ihre Kinder aber auf der Strasse am Spielen, dann sind die Autos definitiv zu schnell. Die neuste Entwicklung ist nun, dass der Gemeinderat jetzt auch Tempo 30 auf der Kantonsstrasse verlangt.
Hanspeter Weibel, Landrat SVP, Bottmingen

Keine Steuergelder für Importe

Leserbrief: Berggebiet wäre bei Trockenheit besonders betroffen
Ausgabe vom 25. Mai

Mit der Bezeichnung «extreme Agrar-Initiativen» werden Lügen und Gerüchte verbreitet, die Ängste schüren. Auch der Leserbriefschreiber aus Laupersdorf irrt in seiner Aussage, Betriebe dürften kein Futter mehr zukaufen. Nach Bedarf kann ein Futterraustausch zwischen Höfen stattfinden. Nur dürfen insgesamt nicht mehr Futtermittel eingesetzt werden, als der inländische Boden hergibt und als Gülle auch wieder sinnvoll aufnehmen kann. Die Trinkwasserinitiative nimmt den riesigen Futtermittelimport ins Visier. 50 Prozent unseres Fleisches und 70 Prozent der Eierproduktion basieren auf importiertem Kraftfutter. Schweizer Fleisch? Nach Annahme der Trinkwasserinitiative gibt es keinen finanziellen Anreiz (Direktzahlungen) mehr, um Futtermittel zu importieren, das heisst, eine umweltschädigende Landwirtschaft wird nicht mehr durch Steuergelder unterstützt. Oft stammt das importierte

Kraftfutter von Flächen aus Übersee, wo früher Regenwald stand. Das Bereitstellen von Futtermittel für das Vieh ist im In- wie im Ausland der wichtigste Treiber für eine zu intensive, nicht nachhaltige Landwirtschaft. Der bestimmt nicht besonders «grün» zusammengesetzte Bundesrat erkannte das Problem und hat eine ökologische Agrarpolitik 22+ vorgelegt – unter anderem als Antwort auf die zwei Initiativen. Das Parlament legte sie in diesem Frühjahr unter Druck der Agrarlobby auf Eis und verschob damit den dringenden ökologischen Umbau. Jetzt kann das Volk die dringend nötigen Korrekturen vornehmen und mit zweimal Ja einer nachhaltigen Landwirtschaft endlich zum Durchbruch verhelfen.
Irene Rüegg, Arlesheim

Wasser predigen, Wein trinken

Das liberale Ja-Komitee zur Trinkwasserinitiative will einen «dringend nötigen» Schritt Richtung mehr Umweltschutz in der Lebensmittelproduktion machen. Was sie ausblenden: Die Trinkwasserinitiative wird der Umwelt mehr schaden als nützen. Einerseits weil ein Teil der Betriebe die Auflagen (keinerlei Pestizide, nur betriebeeigenes Futter) gar nicht erfüllen kann und deshalb auf Direktzahlungen verzichtet. Andererseits, weil ein Teil die betroffene Produktion aufgibt und wir entsprechend mehr Lebensmittel importieren müssen. Damit verlagern wir unseren bereits hohen ökologischen Fussabdruck weiter ins Ausland. Wo genau ist das der Schritt Richtung mehr Umweltschutz? Die Schweizer Landwirtschaft produziert sehr nachhaltig. Das neu vom

Schicken Sie uns Ihre schönsten Schnappschüsse per Internet (ohne www):

formulare.bzbasel.ch/nwch-leserbild/

In der Zeitung erscheint eine Auswahl. Jeden Monat wird ein Gutschein von 100 Franken der Firma Mobilcom unter allen in der Zeitung abgedruckten Bildern verlost. Es wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Handy Reparaturen



Parlament verabschiedete, strenge Pestizidgesetz wird dafür sorgen, dass sie in Zukunft noch nachhaltiger ist. Eine kontraproduktive Initiative braucht es dafür nicht.
Robert Dreier, Landwirt, Mariastein

Bauern sind sich uneins

Im Einsatz von Pestiziden sind sich die Bauern uneinig, im Gegensatz zum verdichteten der Böden, wo offenbar Einigkeit herrscht. Nach wochenlangen Regenfällen und endlich einer Schönwetter-Ansage passiert Folgendes: Kaum haben sie die Regenschirme zugespant, wird das Gras auf den total durchnässten Böden mit schwerstem Mähgerät abgemäht, mit noch schwereren Maschinen werden die Ballen gepresst und eingewickelt und auch nicht mit leichten Ladungen abgeführt. Aber man trägt ja Sorge zu den Böden.
Walti Hofmeier, St. Pantaleon

Initiative bedroht Biodiversität

Dank den Direktzahlungen dienen heute mehr als 18% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Schweiz zur Förderung der Biodiversität. Gefordert wären lediglich 7 Prozent. Die Trinkwasserinitiative würde mit ihren viel zu radikalen Forderungen zahlreiche Bauernbetriebe aus dem Direktzahlungssystem verdrängen. Damit gefährdet sie deren Leistungen für die Biodiversität. Deshalb: Schütten wir das Kind nicht mit dem Bade aus und stimmen am 13. Juni Nein zur Mogelpackung Trinkwasserinitiative. Diese Initiative hat mit ihrem Namen wenig zu tun.
Sieglinde Jäggi-Erzer, Seewen